Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 56 (1962)

Heft: 1

Artikel: Die Tragödie der amerikanischen Deutschlandpolitik : Tatsachen, die wir offenbar vergessen haben

Autor: Hester, Hugh B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140649

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nemark, Italien und Griechenland protestierten, aber unter dem Druck der gewichtigeren NATO-Nationen krochen sie zu Kreuz. Gegenüber jüdischen Gruppen in Amerika, die gegen Heusingers Ernennung protestierten, wie auch gegenüber Senator Wayne Morse (Oregon) hat das amerikanische Außenamt versucht, Heusinger als Berufssoldaten hinzustellen, der nur Befehle ausführe (wann haben wir doch diese Ausrede schon gehört?) und hat zu bedenken gegeben, daß die USA nichts tun dürften, was Westdeutschland mißfalle oder die NATO gefährde.

Ja unser Gedächtnis ist schrecklich kurz. Nicht weniger kurz ist das Gedächtnis jener Westdeutschen, die heute sagen, daß der einzige Mangel an Hitler war, daß er den Krieg nicht gewann. Wie drückte es Senator Morse aus?

«Dieser Nazigeneral ist ohne Zweifel für den Tod von Tausenden von jungen Amerikanern mitschuldig. Es hätte sich vielleicht verantworten lassen, ihn zu pensionieren. Etwas ganz anderes ist es, wenn man ihm ermöglicht, militärpolitische Entscheidungen zu treffen ... Es ist einem freien Deutschland auferlegt, der westlichen Welt klar zu beweisen, daß die Nazipsychologie in Westdeutschland wirklich zum Verschwinden gebracht worden ist. Westdeutschland wird in dieser Richtung nie überzeugend wirken, wenn es Nazigeneräle an hohe militärische Posten stellt.»

Obschon Heusingers zweites Jahr in seiner hohen NATO-Stellung erst im April beginnt, so kommt doch seine Wiederernennung in allernächster Zeit zur Sprache. Wir hoffen sehr, daß Washington — das Außenamt, der Präsident, Senat und Abgeordnetenhaus — einsehen, was für eine Belastung dieser Mann für die Sache der Demokratie darstellt, und daß sie ihn darum fallen lassen werden.

Aus «Christian Century» vom 15. November

Die Tragödie der amerikanischen Deutschlandpolitik
Tatsachen, die wir offenbar vergessen haben

Der ehemalige *General der amerikanischen Armee, Hugh B. Hester,* ist ein langjähriger Mitarbeiter der bestbekannten amerikanischen Kirchenzeitung «The Churchman». Als Mitglied der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945—1948 war er Augenzeuge der Anfänge jener unheilvollen politischen Entwicklung, die zur heutigen Lage führte. Seine Ausführungen erschienen im «Churchman» vom Dezember 1961. Red.

Bevor die Amerikaner auch nur beginnen konnten, den katastrophalen Charakter der kubanischen Niederlage zu begreifen und die Kreise, die dafür verantwortlich waren, festzustellen, werden dieselben

Verdrehungen, Übertreibungen und Lügen in bezug auf die Berlinkrise wiederholt und übertroffen, und dies von denselben Leuten. Flammende Schlagzeilen «Freiheit in Gefahr», «Verträge zerrissen», «Menschenrechte mit Füßen getreten», «Wieder ein München», «Letzte Chance, Chruschtschew entgegenzutreten», «Bleibt fest», «Weicht nicht einen Zoll zurück», «Verteidigt Berlin, koste es, was es wolle» und ähnliche Sprüche füllen die Titelseiten der großen westlichen Presse, und dies seit Monaten. Radio- und Fernsehberichterstatter sind noch extremer und verlogener in ihren Berichten.

Sehen wir doch einige der Tatsachen, die zu dieser unmöglichen Situation geführt haben, an. Wie kommt es, daß dieses Berlin, 100 Meilen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik gelegen, und so aufgeteilt, daß die drei westlichen Sektoren der westdeutschen Regierung unterstehen, die Berlin umgebenden Mächte wutschnaubend herausfordert. Sogar der frühere Präsident Eisenhower hat eine solche Situation als anormal bezeichnet. Diese seltsame Situation geht ursächlich zurück auf die Nichterfüllung des Potsdamer Abkommens vom Jahre 1945. Nach der Unterwerfung brachten es die Siegermächte einfach nicht fertig, oder sie weigerten sich, Deutschland so zu einigen, wie sie ursprünglich übereingekommen waren, mit Berlin als Hauptstadt. Warum haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten unter Zustimmung des alten «Feindes» von Deutschland, Frankreich, darauf bestanden, daß Westdeutschland wieder aufgerüstet wurde, nachdem sie bei ihrer heiligen Ehre geschworen hatten, dies würde nie mehr erlaubt werden? Warum ließen sie es zu, daß Tausende von früheren Nazis die Regierung ihres «Alliierten» Westdeutschland zieren? Warum haben sie die Neukartellisierung der deutschen Industrie und des Handels begünstigt und sogar massiv darin investiert, nachdem sie vorher erklärt hatten, solche Kartellisierung nie mehr zu gestatten? Dr. James Martin, der frühere Chef der Dekartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, beschreibt in seinem Buch «All Honourable Men!» (Alles ehrenwerte Herren!) in allen Details, wie die Entflechtung der deutschen Kartelle der US-Zone verhindert wurde.

Jede vernunftgemäße Grundlage für ein geteiltes Berlin 100 Meilen innerhalb der Sowjetzone in Deutschland ging verloren, als eine der großen Mächte entschied, es gehe gegen ihre Interessen, Deutschland so zu einigen, wie ursprünglich abgemacht wurde. Ohne daß ich die Integrität der betreffenden Führerpersönlichkeiten in Frage stellen möchte, glaube ich gut daran zu tun, einige Vorfälle zu beschreiben, die ich selbst beobachtete, als ich Ernährungs- und Landwirtschafts-Direktor der US-Zone von Deutschland und zugleich der US-Vertreter der Viermächte-Militärregierung in Berlin war. Dazu kommen weitere Studien, die ich seither diesen Verhältnissen gewidmet habe. Was zunächst nicht bestritten werden kann, ist eine Forderung von George F. Kennan, daß sich die Sowjetunion in allen vier Himmelsrichtun-

gen unüberwindlichen Kräften gegenübergestellt sehen müsse. Diese Forderung wurde im Februar 1946 erhoben, weniger als 9 Monate nach Kriegsende, als er vorübergehend der US-Botschaft in Moskau vorstand. Einzelheiten seiner Forderung können nachgelesen werden in den Forrestal-Tagebüchern, wie sie von Walter Millis herausgegeben wurden, wie in der Vierteljahresschrift «Foreign Affairs» vom Juli 1947. Präsident Truman erklärte im Winter 1947 zur Zeit der Konferenz der Außenminister, Kennans Forderung, bekannt als Eindämmung des Kommunismus, gebe die Auffassung des Staatsdepartements wieder.

Am 26. August 1946 verlangte Mr. James F. Byrnes, damals amerikanischer Außenminister, in einer Rede, die er in Stuttgart vor einer deutschen Zuhörerschaft und einigen amerikanischen, britischen und französischen Gästen hielt, daß Deutschland zu amerikanischen Bedingungen geeinigt werde. Bedeutsamerweise hielt er diese Rede zur Zeit der Konferenz der Außenminister in Paris. Die Briten, die in jenem Moment bankrott waren, stimmten Byrnes Vorschlag zu unter der Voraussetzung, daß die USA für die englischen Besatzungskosten aufkommen. So wurde das Zweizonenregime mit Hauptquartier in Frankfurt errichtet. Weniger als ein Jahr später stimmte auch Frankreich, das ebenfalls bankrott war, unter den selben Bedingungen zu, und damit war die Grundlage der jetzigen westdeutschen Regierung in Bonn gelegt.

Ein Vorfall von einiger Bedeutung, der meines Wissens in der amerikanischen Presse nie bekannt wurde, ereignete sich am 30. Januar 1947, als der frühere Präsident Herbert Hoover — wieder vor einer deutschen Hörerschaft — in Stuttgart erklärte, die Vereinigten Staaten zählten auf die Deutschen als Alliierte in den kommenden Kämpfen mit den «atheistischen Barbaren des Ostens». In meiner Eigenschaft als Direktor des Ernährungs- und Landwirtschaftsprogramms für Deutschland hatte ich eine Gruppe von Deutschen eingeladen, um Mr. Hoover über die von ihnen errechneten Bedürfnisse an Nahrungsmitteln zu informieren. Mr. Hoover war zu jener Zeit im Auftrag von Präsident Truman mit einer wirtschaftlichen Bestandesaufnahme in Europa betraut.

Man wird sich da und dort noch erinnern, daß Leo Crowley, der amerikanische Treuhänder des Leih- und Pachtvertrages, im Mai 1945, als der Krieg in Europa zu Ende ging, der Sowjetunion jegliche Hilfe entzog. Dies geschah zu jener Zeit keinem andern Verbündeten der USA gegenüber und wurde von den Sowjetführern sehr übel aufgenommen. Kurze Zeit später ging im amerikanischen Außenamt ein sowjetrussisches Gesuch um eine Millionenanleihe, die die Russen zu vier Prozent verzinsen wollten, zufällig «verloren».

Im Sommer 1947, nachdem die amerikanische Regierung die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) zerstört hatte, wurde der Marshallplan ins Leben gerufen, als Ersatz

für den großartigen Kampf gegen Armut, Unwissenheit, Krankheit und Verzweiflung, der in der UNRRA verkörpert gewesen war und zudem nichts von «Wohltätigkeit» an sich getragen hatte, sondern ganz einfach mit den Kräften aller Gutwilligen überall dem Übel wehren wollte. Die Sowjetunion verwarf den Marshallplan als politisch inspiriert und darauf angelegt, Europa und die Sowjetunion vor den amerikanischen Wirtschaftskarren zu spannen. Daß der Marshallplan trotz seiner oft proklamierten edlen Ziele politischen Charakter trug, zeigte sich während der italienischen Wahlkampagne vom Frühling 1948, als der amerikanische Außenminister General Marshall bekanntgab, keine kommunistische Regierung werde je auch nur einen Dollar Marshallhilfe erhalten.

Unterdessen hatte General Douglas MacArthur die russische Teilnahme an der Besetzung Japans zu verhindern gewußt — die beiden Großmächte lagen sich in den Haaren über Korea. Die neuen Konfliktsphären zwischen ihnen begannen sich in Europa und Asien abzuzeichnen. Die griechische Revolution brach zusammen, die Kommunisten ergriffen die Macht in der Tschechoslowakei und die Berliner Blockade begann. Die Sowjets erprobten 1949 ihre erste Atombombe und der koreanische Bürgerkrieg begann im Juni 1950.

Dies war der Zeitpunkt, wo die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zum erstenmal wieder öffentlich befürwortet wurde. Es wurde das Gerücht herumgeboten, die Russen planten einen Aufmarsch am Ärmelkanal und deutsche Divisionen seien nötig, um Westeuropa und die westliche Welt überhaupt zu verteidigen. So wurde ein Beschluß gefaßt und der Welt mitgeteilt, daß Deutschland in Verletzung aller früheren Abkommen wieder bewaffnet und NATO-Mitglied werden solle.

Westberlin ist weder frei noch ist es eine Demokratie und seine Rolle als «Schaufenster» des Westens ist absolut künstlich zustande gekommen. Mit ähnlichen Zuwendungen könnte jede Stadt ihres Umfanges, sogar unter jedem beliebigen Wirtschaftssystem, zu einem sogenannten Schaufenster gemacht werden. In den Jahren 1945 bis 1947 beaufsichtigte ich selbst Warentransporte nach Westberlin, die in die Millionen Dollars gingen. Westberlin wird *ausgehalten*, zunächst geschah dies durch den großmütigen Einsatz des Geldes amerikanischer Steuerzahler und später durch die Hilfe der Westdeutschen. Ohne diese Unterstützung wäre die Hälfte seiner Bewohner arbeitslos und müßte hungern. Man kann schwer einsehen, was Demokratie und Freiheit mit Westberlin zu tun haben, nachdem es in der Adenauer-Regierung von früheren Nazi wimmelt und die westdeutsche Armee unter dem Befehl von treuen Gefolgsleuten Hitlers steht.

Ich wüßte keinen kompetenten militärischen Führer, der glaubt, Berlin könne militärisch verteidigt werden — was immer Henry Kissinger und Maxwell Taylor sagen mögen. Sollte es mit konventionellen Waffen angegriffen werden, müßte es sich innerhalb von 24 Stunden

ergeben oder zerstört werden. Wenn ein sogenannter begrenzter Krieg in einen Nuklearkrieg überginge — was sicher der Fall wäre — so würde ganz Europa innerhalb von Stunden zum Gräberfeld. Das amerikanische Volk und seine «Alliierten» wie seine Gegner werden, fürchte ich, durch die heutige westdeutsche Politik in den Abgrund geführt. Konrad Adenauer und nicht John F. Kennedy entscheidet heute darüber, wie sich Amerika zu Rußland einzustellen hat. Das gilt für Europa, in weitem Umfange aber auch anderswo.

Haben unsere politischen Führer vergessen, daß der deutsche Generalstab, die Großgrundbesitzer, zu denen die Kirche gehört, und die Industriekartelle die Kreise waren, die Hitler 1933 an die Macht brachten? Wissen sie nicht, daß genau die selben Gruppen heute Westdeutschland wieder dirigieren? Wissen sie nicht, daß die früheren Nazi in Adenauers Regierung und dem deutschen Richterstand nur den einen Ehrgeiz haben, alle verlorenen Territorien zurückzuholen, haben doch die militärischen Führer der Bundeswehr Hitler treu gedient, bis deutlich wurde, daß er nicht gewinnen konnte.

Die offizielle westliche Propaganda — größtenteils «made in USA» — wonach das deutsche Volk sich niemals mehr militaristisch verseuchen lasse, hat sich als vollständig falsch erwiesen. Schon bevor ich im November 1947 Deutschland verließ, bestand dort, infolge der Intensivierung des Kalten Krieges, die Einstellung — die von vielen auch freimütig ausgesprochen wurde, daß Hitler nur in einem Punkt gefehlt habe, indem er nämlich den Krieg verlor. *Und den Krieg verlor er — nach deutscher Auffassung —, weil Amerika auf der falschen Seite stand.*

Einer richtig dirigierten Kampagne der Falschinformation durch Presse, Radio und Television scheinen heute keine Grenzen gesetzt zu sein, wenn es ihr wie in Amerika gelingt, aus einem von Natur aus friedlichen Volk in weniger als 20 Jahren einen «Garnisons»-Staat zu machen. Wer hätte dies für möglich gehalten? Wenn heute der Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenpolitik, Senator William Fulbright, den Verteidigungsminister McNamara auffordert, die kriegslüsternen (amerikanischen) Generäle und Admiräle in Zügel zu nehmen, so wird er, angeblicher «Kommunistenfreundlichkeit» wegen, schärfsten Angriffen ausgesetzt, und zwar ausgerechnet von seinen Kollegen in Senat und Abgeordnetenkammer, die nach Ausbildung und politischer Erfahrung alles tun sollten, um die Autorität der Zivilbehörden gegenüber den Galonierten aufrechtzuerhalten.

Vielleicht ist das alles auf den Kopf stellende Spektrum (Alice's Looking-glass) die offizielle Betrachtungsweise unserer Epoche geworden. Wie sollten wir sonst aus den Dingen noch klug werden, wenn unsere politischen Führer erklären, sie werden die «Freiheit» in der Welt verteidigen, selbst wenn die Freiheit im eigenen Land dadurch vor die Hunde gehen sollte. Oder wenn sie sagen, sie werden den Kommunismus eindämmen, auf die Gefahr hin, die ganze Menschheit

in Flammen aufgehen zu sehen. Unser amerikanisches stures Bemühen, die westdeutsche Rüstung voranzutreiben und jenes Land in die NATO aufzunehmen, kann nur auf dem Hintergrund solchen politischen Irrsinns begriffen werden.

Wie lauteten doch Einsteins Worte nach Hiroshima: «Die Spaltung des Atoms hat alles verändert — bis auf unser Denken — und so treiben wir einer furchtbaren Katastrophe entgegen.» Unsere gegenwärtige Politik scheint genau auf die Prophezeiung des großen Gelehrten und Wissenschafters zugeschnitten zu sein.

Dem Frieden in Deutschland eine Heimstatt!

Wir veröffentlichen nachstehenden Auszug aus einem offenen Brief, den frühere, geachtete Mitglieder der CDU/CSU an ihre ehemaligen Parteiangehörigen und alle Christen Westdeutschlands richten.

In den letzten Wochen fragen uns Glaubensbrüder und langjährige politische Weggefährten aus der Bundesrepublik immer wieder, wie es eigentlich weitergehen soll. Viele sind verwirrt und spüren besonders nach dem 13. August, daß altgehegte Vorstellungen und Illusionen zerbrochen sind.

Wir, die Verfasser dieses Schreibens, verstehen solche Gedanken. Wir haben selbst viele Jahre in der Bundesrepublik gelebt. Unsere Herkunft, unser Werdegang, unser christliches Wollen haben uns einst als Mitglieder oder Wähler zur CDU/CSU oder zu anderen christlichen Vereinigungen geführt. Dort glaubten wir, für unsere Ideale wirken zu dürfen. Dort hofften wir, nach der Nacht des Nazismus, nach der Vergewaltigung von Humanität und christlichem Glauben, an einem guten Deutschland mitwirken zu können.

Doch wir wurden bitter enttäuscht. Von der CDU/CSU und der durch sie gebildeten Bonner Regierung ging jene Politik der Stärke aus, die eine Wiederholung der Vergangenheit darstellt und die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwört.

Voraussagen haben sich erfüllt

Wir haben vor dieser Politik gewarnt, und wir haben auch dann nicht resigniert, als man uns wegen unserer Haltung verhöhnte, verfolgte und als «Handlanger Moskaus» beschimpfte. Wegen unserer Friedensvorschläge und unserer Bereitschaft, der Realität des Bestehens von zwei deutschen Staaten Rechnung zu tragen und mit der DDR zu verhandeln, wurden viele aus unseren Reihen von der Adenauer-Regierung oft sogar um ihre Existenz gebracht. So haben wir am eigenen Leibe Anschauungsunterricht über die Freiheit der Persönlichkeit und der Meinungsäußerung erfahren. Wir mußten vor den militaristischen Kräften emigrieren, weil zu wenige auf uns hören wollten und weil es anderen an Bekennermut fehlte.